

Ostermarsch 2019

Liebe Mitstreiterinnen für Frieden und Abrüstung in Europa, die Themen, über die wir hier heute sprechen, beschäftigen uns nicht zum ersten Mal bei einem Ostermarsch: die Militarisierung der EU, Kriegseinsätze und natürlich der Dauerbrenner Rüstungsexporte. Mit der Diskussion um den kompletten, zeitweisen oder teilweisen Stopp der Rüstungsexporte nach Saudi Arabien ist diese Problematik wieder neu ins öffentliche Bewusstsein gekommen, und der Umgang der Regierung damit zeigt geradezu exemplarisch den ganzen zynischen, gegen Völkerrecht, Europarecht und Bundesrecht verstoßenden Charakter der deutschen und europäischen Rüstungsexportpolitik. Es ist eine einzige moralische Bankrotterklärung!

Zu Beginn der Koalitionsverhandlungen im März 2018 hieß es im Sondierungspapier: Ab sofort keine Rüstungslieferung mehr an unmittelbar am Jemenkrieg Beteiligte. Eine klare Aussage, die steht auch so im Koalitionsvertrag aber mit dem Zusatz: Firmen erhalten bei bestehenden Verträgen Vertrauensschutz, wenn sie nachweisen, dass die gelieferten Waffen nicht im Jemenkrieg eingesetzt werden. Also: Länder, die Krieg führen, verpflichten sich, dabei keine Waffen einzusetzen, die zum Zwecke der Kriegsführung gekauft werden – haben die auch gemacht, sie wissen ja, dass es keine Sanktionsmöglichkeiten dagegen gibt, und natürlich kommt alles mögliche aus deutscher und europäischer Fertigung zum Einsatz – darauf komme ich noch. Auf den Zusatz mit dem Vertrauensschutz hat übrigens v.a. die SPD geführte Regierung in Schleswig Holstein Wert gelegt, da liegt nämlich die Werft, bei der Saudi Arabien 33 Patrouillenboote bestellt hat, und das Geschäft wollte Ministerpräsidentin Scheswig nicht sausen lassen. Genehmigt wurde der Bootsexport 2015, da war SA bereits Kriegsteilnehmer und hätte die Genehmigung nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz gar nicht kriegen dürfen. Bei Abschluss des Koalitionsvertrages waren bereits 8 Boote ausgeliefert, ob aufgrund des Vertrauensschutzes inzwischen noch mehr geliefert wurden, wird geheimgehalten.

Kürzlich hat die Regierung den zunächst auf 2 Monate begrenzten Lieferstopp an SA bis September verlängert, klingt gut, ist aber relativ bedeutungslos, denn 1. betrifft der nur SA, an der Kriegskoalition sind aber noch 9 weitere Staaten beteiligt – für die 9 gilt der Stopp nicht; der ist ja auch gar nicht verhängt worden wg. der fortdauernden Verstöße der 10 gegen das humanitäre Völkerrecht – Seeblockade, gezielte Zerstörung ziviler Einrichtungen, darunter 100 Schulen. Verhängt wurde der Stopp wg. des Mordes an dem Journalisten Kashoggi in der saudischen Botschaft der Türkei – die 8 Mill. Hungernden, die 85000 hungers gestorbenen Kinder und die 16 700 haupts. bei Luftangriffen getöteten Zivilisten spielten dabei keine Rolle. Inzwischen hat das Recherche Netzwerk # German Arms nachgewiesen, dass nicht nur Tornados und Eurofighter bei den Luftangriffen eingesetzt werden, im Kriegsgebiet gesichtet wurden aus europäischer Produktion u.a. auch ein Airbus Tankflugzeug bei der Betankung eines Eurofighters, ein in Deutschland gebautes Raketenschnellboot und andere Kriegsschiffe, häufig ausgerüstet mit Waffensystemen von Rheinmetall, weiterhin Panzerfahrzeuge u.a. ein Wisent rein in Schleswig Holstein gefertigt.

Wohlgemerkt: seit 2015 führen die 10 Staaten ihren verbrecherischen Krieg, von 2015 – 2018 hat die Bundesregierung für diese 10 Genehmigungen für Rüstungsexporte im Wert von ca. 2,5 Mrd. € erteilt und behauptet nichts darüber zu wissen, ob was davon im Jemenkrieg zum Einsatz gekommen ist - beim German Arms Netzwerk gibt es kostenlose Nachhilfe! Frau Merkel betont ja immer wieder, wie sehr ihr an einer regelbasierten internationalen Ordnung gelegen ist, aber sie entlarvt dieses Gerede mit der von ihr verantworteten Rüstungsexportpolitik als pure Heuchelei: Ihre Regierung leistet Beihilfe zum Völkerrechtsbruch im Jemen, verstößt gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz, das Exporte in Krisengebiete und an kriegführende Staaten verbietet, sie verstößt gegen den völkerrechtlich verbindlichen internationalen Waffenhandelsvertrag (Arms Trade Treaty kurz ATT) und gegen die Prinzipien des seit 2008 gültigen Gemeinsamen Standpunktes der EU zu Waffenexporten. Beide: internationaler Waffenhandelsvertrag und Gemeinsamer

Standpunkt verlangen ein Exportverbot, wenn die Gefahr eines völkerrechtswidrigen Einsatzes der gelieferten Waffen besteht, der im Jemen längst Fakt ist.

Es besteht trotz des Versprechens der Regierung, die Rüstungsexportrichtlinien zu verschärfen leider keinerlei Hoffnung, dass sie ihre Exportpraxis ändert – im Gegenteil! Der Hauptgrund dafür liegt im Bestreben, unter deutsch-französischer Führung die EU zu einer Militärmacht zu formen. In puncto Rüstungsexporte ergeben sich nach diesen Plänen folgende Konsequenzen: Deutsche Exportrichtlinien bei dt/frz Koproduktionen werden nicht angewendet; auf ein Veto Recht bei der Lieferung solcher Produkte an Diktaturen verzichtet Deutschland – diese beiden Bestimmungen stehen in einem nicht veröffentlichten Anhang zum neuen Elysee Vertrag, der kürzlich mit großem Bohai von Merkel und Macron unterschrieben wurde. Bei den 80 Mrd €, die in den kommenden 30 Jahren in Entwicklung und Bau neuer Kampfflugzeuge, Panzer und Artillerie Systeme einschl. Drohnen gesteckt werden sollen ist, um die Stückpreise möglichst niedrig zu halten, der Export schon fest eingeplant, andernfalls müssten, so heißt es drohend aus frz. Regierungskreisen der Anteil der Verteidigungsausgaben auf 4 anstatt 2% des BIP steigen. CDU-Merkel und SPD-Schulz haben schon zugestimmt.

Unter dem perversen Namen Friedensfazilität sind im EU Finanzplan bis 2027 10,5 Mrd für die Aufrüstung afrikanischer Armeen vorgesehen für gemeinsame Operationen mit der EU. Stichwort: Sicherung der EU Außengrenzen! Schon länger gibt es die Tendenz bei nationalen Firmen, internationale Holdings bzw. ausländische Tochterfirmen zu gründen, um Exportbestimmungen zu umgehen, das wird und soll sich verstärken. Rheinmetall tut sich dabei schon jetzt hervor: aus Tochterfirmen in Sardinien, Südafrika und der Türkei liefert die Firma Unmengen Munition und tausende Bomben an die arabische Koalition und hat es damit zum deutschen Börsen Champion gebracht, keine Firma verzeichnet so hohe Wertsteigerungen.

Was heißt das alles nun für uns im Blick auf die Europa Wahl:

Unterstützen wir die Kampagne „Rettet das Friedensprojekt Europa“:

- unterschreibt den Aufruf, der gerade kursiert

- befragt die Kandidatinnen für die Europawahl nach ihrer Haltung zu EU-Aufrüstung und Waffenexporten und macht ihnen klar, dass Ihr nur die wählt, die sich dagegen stellen, denn es ist doch ein Unding, dass $\frac{3}{4}$ der deutschen Bevölkerung dezidiert gegen eine EU-Militarisierung sind und trotzdem mehrheitlich die Parteien wählen, die diese Militarisierung betreiben. Wahlprüfsteine hat die Aktion Aufschrei verfasst, sie finden sich im Netz.
- Vor allem: geht wählen und stärkt die Kräfte, die sich für echte Friedenspolitik einsetzen: Abrüstung und Ausbau der Mittel für gewaltfreie Konfliktbearbeitung, Verbot von Rüstungsexporten, unbedingte Einhaltung von Völkerrecht und Menschenrechten

Quellen:

[https://www.imi-online.de/download/IMI-Analyse2019-11-Jemen-](https://www.imi-online.de/download/IMI-Analyse2019-11-Jemen-Web.pdf)

[Web.pdfwww3.gkke.org/81.html](http://www3.gkke.org/81.html)

www.aufschrei-waffenhandel.de